



Editorial

Am 26. November 2000 stimmen Volk und Stände über die Zukunft der schweizerischen Sicherheitspolitik ab. Nach der Armee-Abschaffungsinitiative von 1989 ist die Umverteilungssprich Halbierungsinitiative (UMVI) der bedrohlichste Angriff auf die Sicherheitsinstrumente unseres Landes. Ein Schmelztiegel aus verschiedensten Motiven könnte der UMVI den unerwarteten Erfolg sichern: linke Ideologie, Pazifismus, Wunsch nach Ausbau des Sozialstaates, chronische Verleugnung des Gefahrenpotentials, Spargelüste, Frust und Verunsicherung infolge der nach wie vor diffusen Debatte um die Sicherheitspolitik und Armee reform XXI, fehlender Wille zur Aufrechterhaltung der politischen und militärischen Unabhängigkeit, blauäugiger Verlass auf internationale «Kooperation und Solidarität». Die Pro- und Contra-Argumente liegen auf dem Tisch. Ein wesentlicher Bestandteil ging in der Contra-Argumentation bisher verloren: die Bestimmungen in unserer Bundesverfassung. Denn das Grundgesetz als Ausdruck des Volkswillens lässt kein Abwägen zwischen Ja oder Nein zu:

Artikel 2, Zweck

¹ Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.

Artikel 58, Armee

¹ Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert.

² Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen.

Artikel 173, Weitere Aufgaben und Befugnisse

¹ Die Bundesversammlung hat zudem folgende Aufgaben und Befugnisse:
a. Sie trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.

Wer am 26. November 2000 zulässt, dass in der Verfassung ein erster Schritt in Richtung Armee-Abschaffung festgeschrieben wird, handelt verfassungswidrig und somit gegen den Volkswillen. Diesen Verstoß haben bereits jene Mitglieder des eidgenössischen Parlamentes vollzogen, welche die UMVI unterstützen. Sie agieren gegen die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes, sie setzen die Freiheit und die Neutralität aufs Spiel, sie stellen das Milizprinzip, die Kriegsverhinderung und die Friedenserhaltung in Frage. Sie führen einen Kampf gegen die Schweiz.

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE ist für den Abstimmungskampf gerüstet: Die Plakataktion kann dank der grossartigen Unterstützung



Zur Umverteilungssprich Halbierungsinitiative vom 26. November 2000

PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11 PC 30-26847-0

seitens unserer Mitglieder, Gönner und Sympathisanten realisiert werden. Ich bin stolz, dass wir uns wiederum kompromisslos für die Landesverteidigung einsetzen können und an der Urne ein wuchtiges Nein durchsetzen werden.

Werner Gartenmann, Präsident

Sie lesen heute

Militärpolitische Volksabstimmung vom 26. November 2000	2
Plakataktion – Medien-Dirigismus	3
Mini Abstimmungsguide für den 26. November 2000	3
Quo vadis, Moskau?	4
Staatsschutzbericht 1999	5
Extremismus	5
Unsere Stipendiaten in Ungarn	6
Schwarzbuch des Kommunismus in Ungarn	7
General-Guisan-Zyklus Rückblick	8

Militärpolitische Volksabstimmung vom 26. November 2000

Umverteilungs- sprich Halbierungs- Initiative: Die Sicherheit der Schweiz ist gefährdet

Die Stimmberechtigten werden am 26. November 2000 erneut einen wehrpolitischen wegweisenden Entscheid treffen. Es geht um die äussere und innere Sicherheit unseres Landes. Was wollen wir: entweder eine glaubwürdige und wirksame oder eine finanziell ausgehöhlte und im Ernstfall untaugliche Landesverteidigung?

Die Befürworter der sogenannten Umverteilungs-Initiative stammen aus dem politisch links stehenden Lager: Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), die Grünen Schweiz, Gewerkschaften, Hilfswerke, Vereinigungen aus der Frauen-, Friedens-, Entwicklungs- und Sozialpolitik einschliesslich der erklärten Gegner von Armee und Zivilschutz. Die ursprünglich marxistische, klassenkämpferische und anti-

Welche Hilfswerke befürworten die Umverteilungs-Initiative?

«Der Christliche Friedensdienst, Brot für alle, die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas und der Evangelische Frauenbund der Schweiz unterstützen die Initiative.»

Quelle: Flugblatt der Hilfswerke

Keine Sicherheit zum halben Preis

«Bei einer Annahme der Initiative könnten verschiedene Aufgaben der Armee nicht mehr erfüllt werden. Betroffen wären insbesondere der Verteidigungsauftrag und die Existenzsicherung, also auch die unterstützenden Leistungen für die Allgemeinheit.»

Bundespräsident Adolf Ogi, Vorsteher des Verteidigungsdepartementes (VBS), in einem Vortrag am 4. Oktober 2000 in Bern. (Wer hätte Anfang Oktober geahnt, dass schon einige Tage später erneut Tausende von Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes im Kampf gegen die Naturgewalten stehen werden, die Teile unseres Landes verwüstet haben?)

militärische SPS hatte sich in den 1930er Jahren angesichts der wachsenden Bedrohung durch den deutschen Nationalsozialismus zur Landesverteidigung bekannt.

Mängel der Initiative

Seit dem Zweiten Weltkrieg tut sich die SPS zunehmend schwerer mit ihrer früheren armeebefürwortenden Haltung. Bundesparlamentarier der SPS treten öffentlich als Galionsfiguren der Umverteilungs-Initiative auf, ergänzt mit Vertretern der Grünen Fraktion. Sie übersehen dabei, dass ausgerechnet ihre sozialistischen Parteigenossen in europäischen Ländern die Kredite für die Streitkräfte erhöhen oder zumindest nicht herabsetzen.

Einer der schwerwiegenden Mängel der Umverteilungs-Initiative ist, dass die finanziellen Mittel für die Landesverteidigung auf einem unzureichenden Stand in der Bundesverfassung festgelegt würden. Hat nicht die schweizerische Stimmbürgerschaft am 24. September 2000 eine verfassungsmässig starre Quotenregelung verworfen? Neben bürgerlichen Bundesratsparteien hat ausgerechnet die SPS die sogenannte 18-Prozent-Initiative heftig bekämpft. Sie müsste folgerichtig auch andere zahlenmässige Beschränkungen, zum Beispiel eine willkürliche Halbierung von Bundesausgaben, in der Bundesverfassung verhindern.

Um was geht es nicht?

Die im März 1997 eingereichte Umverteilungs-Initiative folgte derjenigen zur Halbierung der Militärausgaben von 1992, die das Eidgenössische Parlament im Jahre 1995 für ungültig erklärt hatte. Dieses Mal soll wieder halbiert sowie umverteilt werden. Gemäss Initiativtext wären die Kredite für die Landesverteidigung schrittweise zu kürzen, bis die entsprechenden Ausgaben spätestens nach zehn Jahren auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 gesunken sind. Die «eingesparten Mittel» würden anderweitig ausgegeben, zum Beispiel für «zusätzliche internationale Friedenspolitik».

Verteidigungsdepartement (VBS) und Bundesrat haben in unweiser Voraussicht die Volksabstimmung über die Umverteilungs-Initiative hinausgezö-



Schützenpanzer 2000

gert. Die behördliche Hoffnung auf den Rückzug des Volksbegehrens hat sich als trügerisch erwiesen. Anerkannte militärische Grundsätze sind verletzt worden, wie zum Beispiel die Konzentration der Kräfte. Trotz der verworrenen Lage geht es jetzt ausschliesslich um das Halbieren und Umverteilen der Finanzen von Armee und Zivilschutz. Es geht weder um die Teilrevision des Militärgesetzes – Ausbildung und Bewaffnung schweizerischer Truppenverbände im Ausland – noch um das Vorhaben «Armee XXI». Darüber wird voraussichtlich im Jahre 2001 entschieden werden.

«Sicherheitsraum Schweiz»

Die Aktivdienst-Generation hatte in den dreissiger Jahren begonnen, den «Sicherheitsraum Schweiz» aufzubauen. Sie hat insbesondere von 1939 bis 1945 unter grossen persönlichen Opfern wesentlich zur Selbstbehauptung unseres Landes beigetragen. Während des Kalten Krieges hat die bewaffnete und dauernd neutrale Schweiz ihre Verteidi-



gungsbereitschaft aufrechterhalten. In diesem Zeitraum hat sich die strategische Weltlage mehrmals überraschend und kurzfristig geändert. Unser Land ist ein Hort von Freiheit und Frieden geblieben. Wirtschaft und Wohlstand sind gewachsen.

Die äussere und innere Sicherheit ist dank dem Verbund von Polizei, Feuerwehr, Grenzwachtkorps, Armee und Zivilschutz gewahrt geblieben. Die Milizarmee ist immer wieder für Aufträge zur Existenzsicherung aufgebunden worden. Dazu gehört die mannschaftstarke Unterstützung der zivilen Behörden, zum Beispiel im Kampf gegen die Naturgewalten und ihre Verwüstungen. Der entscheidende schweizerische Standortvorteil «Sicherheit» hat seinen Preis und darf keinesfalls leichtfertig aufgegeben werden. In diesem Sinne ist die Umverteilungs- sprich Halbierungs- Initiative am 26. November 2000 mit einem klaren NEIN abzulehnen.

Heinrich L. Wirz
Militärpublizist

Plakataktion – Medien-Dirigismus

Bereits im Sommer haben wir die Plakataktion gegen die Umverteilungs- sprich Halbierungsinitiative geplant. Mit der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) fanden erste Gespräche statt. Mitte Oktober informierte uns die APG, die Vereinigung PRO LIBERTATE könne nur noch Plakatstellen mit dem Format B 12 (270×128 cm) reservieren lassen, das Format B 4 (90×128 cm) werde bereits von einer anderen Organisation belegt – Begründung: interne APG-Regelungen liessen jeweils nur einen Vertreter aus dem «Nein- oder Ja-

Lager» zu. Wir haben nun beschlossen, über 300 B-12-Plakate zu belegen. Wir beurteilen aber die Geschäftspolitik und Kundenberatung der APG – gelinde gesagt – als dilettantisch und unkorrekt. Mit Genugtuung erfuhren wir, dass dieser Dirigismus ab nächstem Jahr nicht mehr herrscht und jeder «Nein- oder Ja-Sager» das Medium Plakat benützen kann – wie es sich in einer Demokratie gehört.

Werner Gartenmann

Mini Abstimmungsguide für den 26. November 2000

Neben der Umverteilungs-Initiative, gegen die wir uns mit voller Kraft einsetzen, werden uns am 26. November vier weitere Vorlagen zum Entscheid vorgelegt.

Wir haben im Vorstand diese vier Vorlagen besprochen und geben Ihnen hier unsere Abstimmungsempfehlungen bekannt. Die Entscheide zu den Vorlagen sind so offensichtlich, dass sie keiner langen Begründungen bedürfen.

Herabsetzung des Rentenalters der Frau auf 62 Jahre Flexibles Rentenalter für Mann und Frau ab 62 Jahren

Es ist unverantwortlich Rentenleistungen heraufzusetzen, bevor die langfristige Finanzierung der AHV gesichert ist. Deshalb lehnen wir die beiden AHV-Initiativen ab.

AHV-Initiativen: 2 mal NEIN

Spitalkosten-Initiative von Denner

Wir sind wie die grosse Mehrheit der Schweizer der Auffassung, dass das Krankenversicherungsgesetz (KVG) grosse Mängel aufweist und grundsätzlich überarbeitet werden muss, damit Leistungen und Prämienkosten besser ausgewogen werden.

Die Spitalkosten-Initiative von Denner hat ein Element aus der ganzen Problematik herausgegriffen und präsentiert

einen nicht ausgereiften Vorschlag, der in dieser Form nicht verantwortet werden kann.

Spitalkosten-Initiative: NEIN

Referendum gegen das neue Bundespersonalgesetz

Mit diesem Gesetz wurde für das Bundespersonal die Basis geschaffen für eine moderne und flexible Personalpolitik. Das Parlament hat mit grossem Mehr diesem Gesetz zugestimmt. Nur einige Gewerkschaften des Bundespersonals (VPOD, SEV, FÖV) haben gegen das Gesetz das Referendum ergriffen, da sie um einige Privilegien und Pfründen der Vergangenheit fürchten. Wir unterstützen das neue Personalgesetz.

Neues Bundespersonalgesetz: JA

Quo vadis, Moskau?

Die Tragödie um den gesunkenen Atomraketen-Unterseebootkreuzer «Kursk» zeigt nicht zuletzt, wie wahrheitswidrig die Informationspolitik der russischen Militärpolitik in jenen Tagen der Katastrophe handelte. Das Ansehen des Staates und der Marine waren entscheidend, der Mensch hingegen ist weiterhin unwichtig! Dass die Bevölkerung den Untergang der «Kursk» zuerst durch westliche Radiosender erfuhr, die betroffenen Ehefrauen und Eltern über das Schicksal der Matrosen nicht durch die Militärführung, sondern eine Zeitung (welche die Namensliste mit einer Bestechung von 18000 Rubeln von einem Marine-Offizier erhielt) informiert wurden, beweist die ganze Menschenverachtung in Moskau auch zehn Jahre nach Untergang des Sowjetsystems. Präsident Putin, vor Jahr und Tag wegen seiner Entschlossenheit und Energie gewählt, reagierte wie ein Machthaber alten Sowjetstils, zeigte Hilflosigkeit und zynische Kaltherzigkeit gegenüber einer sehr aufgebrachten Stimmung in der Bevölkerung. Auch wenn sich dadurch an der Konstellation der Macht in Moskau nichts ändert und die Volkswut sich legt, im Gedächtnis primär bei den Journalisten, aber auch den politisch aufgeschlossenen Kreisen in den Städten bleibt der Vorgang haften – während er auf dem Lande und jenseits des Urals (wie schon das Reaktor-Unglück von Tschernobyl, 1986) ziemlich schnell vergessen sein dürfte. Mit gleichem Geheimhaltungsdenken und grossrussi-

scher Arroganz wird der andauernde Partisanenkrieg in Tschetschenien vor dem Volke vernebelt, der bereits über 5000 Soldaten kostete und eher noch zu einer Verhärtung der Kämpfe führen dürfte. Während der jüngsten Zeit haben auch die islamischen Übergriffe in Mittelasien zugenommen...

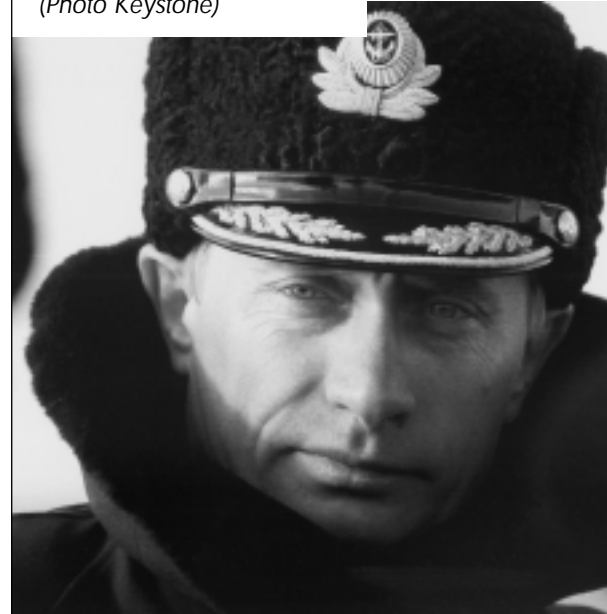
Putin aber baut weiterhin auf Geheimpolizei und die Streitkräfte. Immer noch hängt die Moskauer Führung Vorstellungen nach, die sich am militärischen Glanz der Sowjet-Ära ausrichten. Selbst mit einer konventionell nur teilweise brauchbaren Armee glaubt der Präsident, grossrussische Interessen durchsetzen zu können. Seine berühmte-berüchtigten Worte, «Wenn ein Land wie Russland sich bedroht fühlt, wird Europa und die ganze Welt destabilisiert», sollten nicht auf die leichte Schulter genommen werden!

Als weiteres Indiz kommt die Absenkung der Nuklear-Schwelle in der neuen Militärdoktrin hinzu. Die Sprache eines Putin ist härter als diejenige von Jelzin. Man denke etwa an die Verweigerung einer Zusammenarbeit mit dem Baltikum – erst unlängst musste Estland zwei Diplomaten Moskaus des Landes verweisen, weil sie zu grosses Interesse an den dortigen Grenzanlagen gegenüber Russland zeigten – und an die Ankurbelung der Rüstungsspirale, ungeachtet der unlängst erfolgten Ratifizierung des SALT-II-Abrüstungsabkommens durch die Duma. Bereits im Budget für dieses Jahr ist eine Erhö-

hung der Militärausgaben um 50 Prozent von 98 auf 146 Milliarden Rubel vorgesehen. Neue Waffen werden heute ständig in Russland entwickelt. Gibt es im Sicherheitsrat offensichtlich auch Meinungsunterschiede, so scheint der Aufbau der immerhin 16 Divisionen der Strategischen Raketentruppen in gleichem Tempo weiterzugehen. Zugleich will Putin den militärisch-industriellen Komplex (damit ist die Rüstungsindustrie gemeint) zur Lokomotive des Wirtschaftsaufschwungs im Lande machen.

Ist Putin ein Demokrat? Seine Worte vom «starken Staat» könnten leicht ein Zurückgreifen auf autokratische Methoden sein. In seiner Mitte September 2000 unterzeichneten «Doktrin

*Der russische Präsident Putin
(Photo Keystone)*



*Atomraketen-Unterseebootkreuzer «Kursk»
(Photo Keystone)*



der Informationssicherheit» sieht die russische Journalisten-Union zu Recht die Gefahr einer Pressezensur. Abwarten wird man auch müssen, wie der Kreml fortan die Geschichte der UdSSR und damit die Verbrechen Stalins offiziell wertet. Vor Putin stehen kaum lösbarer Aufgaben: der Aufbau der Wirtschaft, das Zurückdrängen der Korruption, die Zerschlagung des ausufernden organisierten Verbrechens wie ohnehin all die riesigen sozialen Probleme. Wohin das Riesenland letztlich gehen wird, kann heute gewiss niemand voraussagen.

Der Westen sollte daher die Entwicklung sehr sorgsam und nicht ohne gewisses Misstrauen verfolgen. Euphorie ist nicht angebracht. Auch eine militärische Abrüstung wäre wirklich voreilig und würde Russland ebenfalls nicht zu einem anderen Denken veranlassen, selbst wenn dies manche Kreise auch in unserem Lande in ihrem Wunsch-Weltbild zu glauben hoffen. Gewiss erntet Putin viel Lob im von jeher oftmals naiven Westen (das Morden in Grosny ist verdrängt), in Berlin spendeten Spitzenkräfte der deutschen Wirtschaft ihm sogar euphorischen Beifall, obwohl er viele Erwartungen – zwangsläufig – enttäuschte. Es ist indes längst an der Zeit, die neuen Männer im Kreml nicht verklärt zu sehen, sondern ganz nüchtern. Es gilt, ihnen gegenüber zumindest mit der gleichen Beharrlichkeit Forderungen einzuklagen und ebenso Kritik zu üben, wie jene es umgekehrt dem Westen gegenüber schon lange tun.

Dr. René Hänggi

Staatsschutzbericht 1999

In Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeien hat das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement im Mai 2000 den Staatsschutz-Bericht 1999 herausgegeben. Er listet mit Akribie alle Ereignisse auf, die 1999 eine Gefährdung der Sicherheit unseres Landes bedeuteten. Diese Ereignisse werden im Bericht beurteilt, aber es werden keine Schlussfolgerungen gezogen und keine Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit vorgeschlagen.

Der Bericht ist in fünf Kapitel gegliedert:

1. Terrorismus und gewalttätiger Extremismus
2. Verbotener Nachrichtendienst (inkl. Wirtschaftsspionage)
3. Proliferation (Verhinderung der Verbreitung von A-, B- und C-Waffen)
4. Organisierte Kriminalität und Korruption (vor allem russische OK und albanische Schlepper-Banden)
5. Andere Arbeitsgebiete der Bundespolizei (illegaler Kriegsmaterialverkehr inkl. Sprengstoffdelikte, Personensicherheit und Ausländerrechtliche Massnahmen, Friedensbeobachter, Sicherheit im Luftverkehr und Sekten).

Obwohl im Text mehr Gewalttaten des Linksextremismus mit Personen- und Sachschaden aufgeführt werden als vom Rechtsextremismus, wird im zusammenfassenden Vorwort nur vor den



zunehmenden Mitgliederzahlen rechtsextremer Organisationen gewarnt. Wird etwa den Linken auch bei der Bundespolizei immer noch mildernd angerechnet, dass sie «ja nur aus ideologisch-idellen Gründen» Schaden verursachen?

Besonders hervorgehoben werden müssen die Gewaltakte verursacht durch politisch extreme, straff geführte Organisationen von kampfberedten Ausländergruppen wie der Kurden (PKK), der Albaner (UCK) und der Tamilen (LTTE). Die Schweiz hat keine funktionierende Abwehr gegen diese kommunistisch-linken Kaderorganisationen und ist deshalb immer wieder erpresserischem Druck ausgesetzt.

Der Staatsschutzbericht 1999 kann bezogen werden bei der Eidg. Druck- und Materialzentrale, 3003 Bern oder abgerufen werden unter <http://www.lbupo.admin.ch>.

Walter Rytz

Extremismus

Zurzeit ein Schlagwort, das sich in den Medien gut verkaufen lässt, besonders, wenn man noch das Wörtchen «Rechts» voransetzt. Eine Medienkampagne verhilft dieser Thematik zu politischen Kommissionen, um die Nation vor dem anscheinend grössten Übel zu bewahren. Leider stellt man sich nicht die Frage, ob dieser Lärm wegen einigen Provokateuren und Skinheads gerechtfertigt ist, oder ob man nicht gerade dadurch diesen Minderheiten Auftrieb verschafft.

Auch die zentrale Frage, warum und wann sich solche extremen Haltungen manifestieren, wird nicht untersucht. Entwicklungspsychologisch wie auch physikalisch lässt sich feststellen, dass

jede Aktion eine Reaktion auslöst. Extreme Reaktionen entwickeln sich meist dann, wenn irgendwelche menschlichen Bedürfnisse nicht ernst genommen oder unterdrückt werden, vergleichbar einem Kochtopf, bei dem der Dampf nicht abgelassen werden kann und der dann irgendwann explodiert. Die momentane Extremismus-Diskussion scheint sich einer solchen Kochtopfposition zu nähern, denn sie befasst sich nicht mit den Wurzeln, sondern versucht einfach den Dampf zu unterdrücken und zwar nur bei der sogenannten «rechtsextremen» Seite. In einem demokratischen Rechtsstaat sollte es klar sein, dass derjenige, welcher aus ideologischen oder andern Gründen

seine Mitmenschen bedroht, belästigt oder sie an Leib und Leben gefährdet, gemäss Strafgesetz verurteilt wird. Für solche Straftaten, ob rechts- oder links-extrem motiviert, gibt's keine Entschuldigung und diese müssen geahndet werden. Diese Meinung werden alle unterstützen. Wer jedoch verlauten lässt, dass einige Skinheads unsere Demokratie gefährden könnten, misst dieser Gruppe zu viel Bedeutung bei. Fragwürdiger und demokratiefeindlicher wird es dann, wenn der Staatsbürger seine Meinung nicht mehr frei äussern kann, ohne Gefahr zu laufen, mit Straftätern in denselben Topf geworfen zu werden. Mit diesen Methoden, so perfid sie auch sein mögen, versucht man heute den politischen Gegner zu erledigen. Demokratisch gewählten Parteien und Organisationen, die es wagen von Heimatliebe zu sprechen und ihre Vorbehalte gegenüber den internationalen Organisationen wie EU, UNO

oder Nato haben, versucht man nun diesen Rechtsextremismus-Touch überzuziehen. Ebenfalls gilt als suspekt, wer gegenüber dem hochgepriesenen Multikulturalismus Vorbehalte hat. Selbsternannte Moralisten mischen sich immer mehr in die Meinungsbildung ein und bestimmen, was gut oder schlecht ist. Ein Gespenst geht um in Europa, ein alter Mief erhebt sich wieder aus den Gruften und beginnt so langsam aber sicher unsere demokratischen Säulen mit Moder zu überziehen. Die Inquisition kommt langsam und unmerklich wieder durch die Hintertüre herein. Aber diesmal nicht von der Kirche, sondern von den Medien und Parteien. Wer etwas nicht glaubt, das heute zu glauben ist, muss mit Strafverfolgung rechnen, wenn er dies irgendwo äussert, besonders wenn es das Zusammenleben verschiedener Gruppen betrifft. Gewisse Meinungen verbreiten sich nur noch im Flüsterton und die Gesinnungs-

spionage nimmt ihren Lauf! Leider lassen sich die Medienschaffenden und viele Politiker dafür instrumentalisieren, für eine Moral, die dem Bürger vorschreiben möchte, was er zu denken hat und wovon er sich hüten muss. Wenn Gedanken, die beschäftigen, nicht mehr offen ausdiskutiert werden dürfen, so beginnen sie im Untergrund zu motten. Unzufriedenheit und Missbehagen stauen sich an und führen irgendwann mal einen Dambruch herbei. Dies ist, was mich ängstigt, der moderne Meinungsterror, der den demokratisch, freiheitlich gesinnten und rechtsstaatlich eingestellten Normalbürger als Extremist abstempelt, nur weil er eine andere Meinung vertritt. Dieser Entwicklung müssen wir entgegen treten, denn sie zerstört die demokratische Kultur unseres Landes.

Annemarie Gür-Bossard

Unsere Stipendiaten in Ungarn

Unser Mitglied Dr. med. Béla Iranyi hat unsere vier Studentinnen in Ungarn besucht und uns darüber Bericht erstattet. Die Lage für den bürgerlichen Mittelstand ist immer noch prekär. Der Hintergrundbericht über das Schwarzbuch des Kommunismus (Seite 7) beleuchtet die schwierige Situation der Demokratie in Ungarn.

Aufruf

Zum Abschluss der Unterstützung der ersten vier Studentinnen haben wir folgendes vorgesehen:

Wir werden eine dieser Studentinnen, die genügend deutsch kann um sich zu verständigen, an die Hauptversammlung vom Samstag, 10. März 2001, nach Bern einladen, wo sie sich persönlich vorstellen und ihren Ausbildungsweg darlegen kann.

Nun suchen wir Vereinsmitglieder, die bereit und in der Lage sind, diese Studentin für einen (oder mehrere) Tage (und Nächte) zu beherbergen und ihr einen Eindruck von der Schweizer Landschaft und Demokratie zu vermitteln.

Bitte melden Sie sich so rasch als möglich bei unserer Geschäftsstelle! Danke!

Walter Rytz mit Dr. Béla Iranyi,
Sekretär des Vereins Fazor

Im Jubiläumsjahr 1996 hat die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE mit Unterstützung der Mitglieder einen Jubiläumsfonds geschaffen. Es wurde beschlossen, daraus jährlich die Summe von Fr. 2400.– für Stipendien in Ungarn zur Verfügung zu stellen, um die weitgefassenen Ideen des Volksaufstandes von 1956, die zur Gründung unseres Vereins geführt haben, weiter zu pflegen. Die Überzeugung, dass nur eine neue Generation die freiheitlich-bürgerliche Gesellschaft der Zukunft in Ungarn aufbauen kann, führte zu diesem Beschluss. Der Verein Fazor in Genf hat vier begabte, aber wenig bemittelte Schülerinnen des Evangelischen Gymnasiums in Budapest ausgesucht. Der Verein Fazor wurde 1988 durch ehemalige Schüler dieses privaten Gymnasiums gegründet, um die durch das kommunistische Regime vernichtete Schule wieder zum Leben zu erwecken und damit eine Erziehung abgestützt auf abendländische christliche Werte und nicht auf ein kommunistisches Welt- und Menschenbild zu ermöglichen. (Siehe auch die Hintergrundinformationen in den PRO LIBERTATE Mitteilungen Nr. 3 vom September 1996 und Nr. 1 vom Februar 1999.)

Die grosszügige Unterstützung der PRO LIBERTATE hat die erhofften Früchte getragen. Alle vier Schülerinnen haben das Vertrauen gerechtfertigt. Nach abgeschlossenem Abitur studieren sie nun

an öffentlichen Hochschulen und Universitäten. Sie bereiten sich, dank ihrer Ausbildung, darauf vor, wertvolle Mitglieder der Gesellschaft und dankbare Freunde und Verbündete der Schweiz zu werden.

Die finanzielle Lage des intellektuellen Mittelstandes, aus dem die meisten Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums stammen, hat sich in den vergangenen 10 Jahren seit der Wende erheblich verschlechtert. Auf der anderen Seite bereicherte sich eine ganz dünne Schicht von Geschäftsleuten, meist ehemalige Parteibonzen, bei der Privatisierung der staatlichen Betriebe und durch eine Pseudoliberalisierung der Wirtschaft. Die gegenwärtige demokratische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, die ungesunde Wirtschaftslage zu ändern. Diese Entwicklung braucht aber Zeit und wird durch die Mitglieder der alten Nomenklatura erheblich gebremst.

Die Ausbildung der Kinder bedeutet für viele Familien weiterhin eine kaum oder gar nicht zu tragende Belastung. Sie brauchen Unterstützung. Deshalb hat der Vorstand der PRO LIBERTATE beschlossen, das Stipendium weiterzuführen. Der Verein Fazor wird für uns wieder vier «würdige» Schüler und/oder Schülerinnen aussuchen, die wir in den nächsten vier Jahren durch das Gymnasium begleiten wollen.

Budapest (Photo Keystone)

Schwarzbuch des Kommunismus in Ungarn

Mit gut zwei Jahren Verspätung ist das erschütternde Buch von S. Courtois und Mitarbeitern nach 19 anderen Sprachen auch in das Ungarische übersetzt worden. Wie überall in Europa, haben die linksstehenden intellektuellen Kreise auch in Budapest versucht, nicht nur mit fachlicher Kritik, sondern mit unlauteren Machenschaften dagegen aufzutreten. So wurde das Erscheinen des Buches absichtlich verzögert. Die auf Januar festgelegte Präsentation mit Teilnahme von ausländischen Fachleuten musste wegen Verspätung der Druckereiarbeiten ohne Buch stattfinden. Die Besprechung fand trotzdem statt, W. Bukowskij und andere französische Historiker und Politologen konnten mit den ungarischen Kollegen über den Inhalt des Buches, über die wesentlichen ideologischen und realen Ähnlichkeiten und Unterschiede der nationalsozialistischen und kommunistischen Diktaturen diskutieren. In seinem profunden Werk hat Courtois die theoretisch-wissenschaftliche Aufarbeitung der beiden Diktaturen auf eine einfache These konzentriert und festgestellt, dass der absichtliche Hungertod eines ukrainischen Kulakkindes durch Stalins Terror ebenso schwerwiegend ist wie der absichtliche Hungertod eines jüdischen Kindes im Ghetto von Warschau durch Hitlers Terror.

Diese Feststellung ist besonders wichtig, weil sie nicht nur für Fachleute verständlich ist, sondern auch für das breite Publikum eines Landes. Dadurch relativiert diese Aussage die Überzahl und Vormachtstellung der Antinazi-Veröffentlichungen. Courtois erinnert uns eindeutig, dass nicht nur die Nazis Terror und Genozid in Europa betrieben haben, sondern auch die Kommunisten in der ganzen Welt und zwar in gewaltig grösseren Dimensionen. Die Geschichte der Menschheit hat jedoch nur den Nationalsozialismus zur Rechenschaft gezogen, den Kommunismus bisher noch nicht. Das auf blutigen Tatsachen beruhende Buch ist ein Aufschrei für Gerechtigkeit, eine weltumfassende Anklage.

In Ungarn hat das Buch eine besondere historische und politische Bedeutung, obwohl es den Kommunismus in Ungarn nur ganz kurz und oberflächlich behandelt. Nachträglich ist bekannt geworden, dass sich der Autor des Osteuropa-Abschnittes auf die nicht zu-

verlässigen und sehr lückenhaften Angaben eines Reformkommunisten in Paris gestützt hat.

Nach dem ersten Weltkrieg, gleichzeitig mit der Machtergreifung der Bolschewiken in Russland, haben die ungarischen Kommunisten unter Bela Kun auch in Ungarn gewaltsam die Regierung übernommen. Nach einigen Monaten blutiger Terrorherrschaft haben die Siegermächte Admiral Horthy an die Macht verholten. Unter seiner Führung wurden die kommunistischen Verbrechen geahndet und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt. Die meisten Kommunisten flüchteten nach Moskau. In den 20er Jahren hat also eine Klärung der politischen Lage, eine juristische Abrechnung mit der Vergangenheit stattgefunden. Nicht so nach der friedlichen Wende 1989–90. Die neue freiheitlich-demokratische Regierung unter J. Antall versäumte die historische Gelegenheit, die Verantwortlichen für die kommunistische Terrorherrschaft seit 1947 und für die blutige Unterdrückung des Aufstandes 1956 vor Gericht zu stellen, um Klarheit und Gerechtigkeit zu schaffen. Diese fatale Unterlassung wirkt sich bis heute auf das politische und wirtschaftliche Leben in Ungarn sehr ungünstig aus. Die ehemaligen Parteiseilschaften nutzten die Wende für sich aus, um illegal rasch reich zu werden. Sie kauften die besten staatlichen Unternehmungen bei der Privatisierung ganz billig auf und so wurde aus dem Parteibonzen ein Kapitalist, ein Generaldirektor der Grossfirma. Die soziale Sicherheit der Bevölkerung zerbrach, und der neue sogenannte «wilde Kapitalismus» be-

wirkte eine enorme finanzielle Diskrepanz zwischen Reichen und der Allgemeinheit, fast so, wie in den «Bananenrepubliken». Besonders die Parteigenossen des postkommunistischen Regimes von Gyula Horn konnten sich die Reichtümer ohne Rücksicht auf soziale Gerechtigkeit rechtzeitig sichern. Diese hemmungslose Ausbeutung, die kriminellen Machenschaften der Neureichen und die enormen Staatsschulden aus der früheren Rakosi-Kadar-Zeit lasten jetzt schwer auf der gegenwärtigen bürgerlichen Orban Regierung, die mit grosser Anstrengung und sehr mühsam das Land auf den Weg der wirtschaftlichen und sozialen Erholung geführt hat. Diese Regierung konnte die wiederholten Naturkatastrophen (Dürre, wiederholte Überschwemmungen, Vergiftung des Tisza-Flusses) tapfer und fachmännisch meistern, und wir können nur hoffen, dass sie dies auch in der Zukunft tun kann. Die Sozialisten, ehemalige Kommunisten, erschweren die Arbeit der Regierung wo und wie sie es können, meist mit schmutzigen Verleumdungen, Halbwahrheiten, um bei den nächsten Wahlen in zwei Jahren wieder an die Macht kommen zu können. Das Schwarzbuch des Kommunismus gibt in Ungarn Anlass, die latent gebliebenen politischen Probleme zu besprechen, gibt Argumente und Tatsachen für Diskussionen, stärkt den Wunsch und die Notwendigkeit die Vergangenheit aufzuarbeiten, vielleicht sogar zu bewältigen.

Dr. Béla Irandi
Sekretär des Vereins Fasor

Impressum

Druck und Administration:
Schwarzenburger Druck+Verlag AG,
3150 Schwarzenburg
Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber
Adressänderungen: PRO LIBERTATE,
3000 Bern 11
Fax 031 332 57 13
Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint mindestens viermal jährlich.
Lesezuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident)
3172 Niederwangen
Max Gerber (Vizepräsident)
3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier)
3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Protokoll)
3018 Bern-Bümpliz
Walter Rytz, 1133 Lussy-sur-Morges
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen
Christian Schmid
3283 Niederried bei Kallnach



General- Guisan-Zyklus Rückblick

7. Oktober 1944/2000:

Schloss Jegenstorf

Auf Schloss Jegenstorf im Kanton Bern versammelten sich 60 Mitglieder, Gönner und Sympathisanten der Vereinigung PRO LIBERTATE zur 2. Veranstaltung im Rahmen des General-Guisan-Zyklus. Auf den Tag genau, vor 66 Jahren am 7. Oktober 1944, bezog der persönliche Stab von General Guisan das Schloss als neues Hauptquartier.

Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg, Direktor der Eidgenössischen Militärbibliothek, vermittelte den Anwesenden in einem fulminanten historischen Vortrag die Bedeutung des Schlosses und seiner Umgebung. Dr. Stüssi-Lauterburg liess die Zuhörer spüren, wie Napoleon als Reisender die Gegend erkundete, wie die Franzosen anschliessend als Interventionsmacht einmarschierten, wie sich tapfere Bauernfrauen zur Wehr setzten...

Die historischen Fakten belegen es heute, dass die Schweiz tatsächlich von Nazi-Deutschland militärisch bedroht war. Und wie weise die Vorkehrungen von General Guisan waren: der Rütli-Rapport, die Réduit-Stellung und das anschliessend wiederum verstärkte Dispositiv im Mittelland und an der Landesgrenze. Deshalb bezog der General 1944 auch das im Mittelland gelegene Jegenstorf (wer behauptet, die Schweizer Armee harrete nur im Alpen-Réduit aus, läuft Gefahr, als historischer Blindgänger entschärft zu werden!). Und nicht zuletzt suchte der General die Distanz zum politischen Bern! Jegenstorf bot ihm wenigstens räumlich einen «genügenden» Sicherheitsabstand...



Feldweibel
Heiri Guggenbühl

Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg (Mitte)
Werner Gartenmann (links)

Es ist ein Privileg und ein unbezahlbarer Wert, wenn Geschichte von Zeitzeugen vermittelt wird. Herr Heiri Guggenbühl aus Üerikon war Feldweibel im persönlichen Stab des Generals und leistete seinen Dienst u. a. auch auf Schloss Jegenstorf. Feldweibel Guggenbühl gelang es mit Bravour, die Zuhörer in seinen Bann zu ziehen. Stellvertretend für die vielen von Herrn Guggenbühl dargestellten Erlebnisse sei hier seine Angst um die Sicherheit des Generals festgehalten. General Guisan ritt am Morgen regelmässig alleine aus. Feldweibel Guggenbühl hielt dies für verantwortungslos. Ohne grosses Federlesens fasste er einen Drahtesel, hing sich die Maschinenpistole um und fuhr in angemessenem Abstand dem General nach. Das verantwortungsvolle Handeln Guggenbühls wurde zwar gewürdigt, floss aber nicht in die Sicherheitsbedürfnisse des Generals ein («vielleicht war der Drahtesel dem galoppierenden Generalspferd in Sachen Geschwindigkeit doch ein wenig unterlegen»).

Obwohl der Bundesrat nach Kriegsende die Leistung Henri Guisans teilweise sehr kritisch würdigte, musste er in seinem Gegenbericht zum Bericht des Generals über den Aktivdienst feststellen:

«Es ist dem General gelungen, während des ganzen Aktivdienstes ein Vertrauensverhältnis zwischen Volk und Armee zu schaffen. Die Einigkeit und Widerstandskraft unseres Volkes sind dadurch gestärkt worden. Der General hat auch erreicht, dass das Verhältnis zwischen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten ein gutes war.»

Das Erbe des Aktivdienstes zu wahren und zu fördern gehört zu unserem Aufgabenbereich! Im Zeitalter der «Bergier-Berichte» ist dies Pflicht. Die Tagung Jegenstorf war ein erfolgreicher Beitrag dazu.

Unser Dank gilt den hervorragenden Referenten Dr. Stüssi-Lauterburg und Heiri Guggenbühl. Besonderer Dank geht auch an unser Ehrenmitglied Max Schio aus Heimiswil, welcher die Tagung tadellos organisierte.

Werner Gartenmann

Aus organisatorischen Gründen kann die 3. Veranstaltung in Luzern vom 17. November 2000 nicht durchgeführt werden. Sie wird im Januar 2001 stattfinden. Wir werden Sie rechtzeitig dazu einladen.

Ich/wir unterstütze(n) Sie

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.– (Ehepaare Fr. 60.–)
- als Gönner, Jahresbeitrag mindestens Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- mit einer jährlichen Spende für den Landesverteidigungsfonds

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Kopieren oder ausschneiden. Adresse: PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11

PL 5/00